



Reem Alabali Radovan

Bundesministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

1.

Wo setzt die Bundesregierung in der Entwicklungspolitik künftig ihre Prioritäten?

Dort, wo unsere Unterstützung am nötigsten gebraucht wird und am meisten erreicht. Im Mittelpunkt stehen vier Ziele. Erstens: Hunger, Armut und Ungleichheit bekämpfen. Zweitens: Sicherheit und Stabilität schaffen, indem wir bestehende Krisen entschärfen, neue Krisen verhindern und den Menschen Perspektiven in ihren Heimatregionen bieten. Drittens: wirtschaftliche Zusammenarbeit ausbauen, sodass Win-win-Situationen entstehen. Viertens: strategische Allianzen vorantreiben. Viele schauen auf Deutschland, wenn es darum geht, die regelbasierte Weltordnung zu stärken. Als verlässlicher Partner nehmen wir diese Führungsrolle an.

2.

In vielen westlichen Staaten werden öffentliche Entwicklungsgelder gekürzt. Was lässt sich dem entgegensetzen?

Entwicklungspolitik ist kein Nice-to-have, sondern ein zentraler Bestandteil unserer integrierten Sicherheitspolitik. Ein Garant der Friedenspolitik. Klimakrise, Konflikte, Ungleichheiten – all das können wir als Weltgemeinschaft nur gemeinsam bewältigen. Künftig wird es zudem noch stärker darauf ankommen, neben öffentlichen Mitteln auch andere Finanzierungsquellen für nachhaltige Entwicklung zu erschließen. Zum Beispiel durch mehr private Investitionen und leistungsfähige Steuersysteme in Ländern des Globalen Südens und durch eine effektivere Besteuerung von Superreichen weltweit.

3.

Deutschland will die Beziehungen zum Globalen Süden stärken, kürzt jedoch Entwicklungsgelder. Ein Widerspruch?

Trotz sinkender Mittel ist Deutschland einer der stärksten entwicklungspolitischen Partner für viele Länder des Globalen Südens. Das verschafft uns Einfluss, auch im Dreiklang aus Außen-, Verteidigungs- und Entwicklungspolitik. Unsere Partner wissen: Wir stehen für fairen Interessensausgleich und Vertrauen. Auch durch unsere Wirtschaftsbeziehungen, die wir mit der Entwicklungspolitik verstärken werden. Zudem setzen wir uns dafür ein, dass der Globale Süden international, etwa in UN-Gremien, stärker vertreten ist. In einer neuen Kommission wollen wir die Partnerschaft mit dem Globalen Süden ausbauen.